

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
der Gemeinde Grebenhain
Hauptstraße 51
36355 Grebenhain



Antrag an die Gemeindevertretung:

Prüfung der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

hier: Auftrag an den Gemeindevorstand

Sehr geehrter Herr Höhn,

die Fraktion der SPD beantragt nachfolgenden Beschluss in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung.

Änderung/Abschaffung der Straßenbeitragssatzung in der Fassung vom 29.10.2013

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand separat zu prüfen, welcher jährliche Aufwand der Gemeinde Grebenhain voraussichtlich entstehen würde, wenn

- a) die Straßenausbaubeiträge komplett abgeschafft werden würden,
- b) sich die Straßenausbaubeiträge anteilmäßig verändern würden,

hier beispielsweise für einen Anteil der Gemeinde von 40 % des beitragsfähigen Aufwands, wenn die Verkehrsanlage überwiegend dem Anliegerverkehr, 60 % wenn die Straße überwiegend dem innerörtlichen Verkehr und 80 %, wenn die Straße überwiegend dem überörtlichen Durchgangsverkehr dient. Bei Gehwegen an Ortsdurchfahrten sowie innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen beträgt der Anteil der Gemeinde jedoch 80%, soweit die entsprechende Baumaßnahme mit öffentlichen Mitteln (Bund, Land oder EU) gefördert/bezuschusst werden.

Als Grundlage für den Prüfauftrag sollte die Verwaltung ermitteln, welcher Aufwand im Durchschnitt für die kommenden zehn Jahre zu erwarten ist. Hierzu ist die Erfassung des Straßenzustandes aller relevanter Straßen und eine grobe Kostenschätzung vorzunehmen (ggf. auf Fortschreibung der Zustandsbewertung aus dem Jahre 2008).

Der Prüfauftrag ist im I Quartal 2020 abzuschließen und das Ergebnis bis spätestens 30.03.2020 der Gemeindevertretung zur Beratung vorzulegen.

Begründung:

Bereits in der Vergangenheit hat sich die Gemeinde Grebenhain mit dem Thema Straßenausbaubeiträge befasst und unter anderem eine Resolution mit der Forderung der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge an den hessischen Landtag gestellt. Durch die Ablehnung des Gesetzesvorschlags der hessischen SPD-Fraktion im Landtag gilt nach wie vor die Regelung, dass die Kommunen in ihrer Wahl, Straßenausbaubeiträge zu erheben oder abzuschaffen, frei sind. Die Grebenhainer SPD-Fraktion sieht daher grundsätzlich die Notwendigkeit, sich mit dem Thema der Straßenausbaubeiträge erneut zu befassen und die Situation der Gemeinde Grebenhain mittels eines Prüfauftrages detailliert zu erfassen. Dieser Prüfauftrag soll die Diskussionsgrundlagen für eine Behandlung dieses Themas schaffen. Im Anschluss daran muss unter Mitwirkung aller eine Lösung gefunden werden, die speziell für die Gemeinde Grebenhain als Flächenkommune vertretbar ist. Dazu sollten in dem Prüfauftrag auch verschiedene Finanzierungsmodelle betrachtet werden. Diese Finanzierungsmodelle müssen dann abgestimmt werden für:

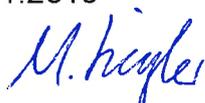
- a) eine komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge,
- b) eine anteilmäßige Änderung der Straßenausbaubeiträge.

Bei den Finanzierungsmodellen sollte u.a. eine Finanzierung nur mithilfe der Grundsteuern, eines Säulen-Modells ähnlich der Gemeinde Eichenzell (Grundsteuer, Mittel aus der Heimatumlage sowie Gewerbesteuer) sowie anderer eventuell möglicher Finanzierungsmöglichkeiten betrachtet werden. Dabei ist grundsätzlich der nachhaltige Einsatz der Haushaltsmittel zu berücksichtigen.

Nach Beschluss eines Finanzierungsmodelles sind in einem weiteren Schritt ein mehrjähriges Bauprogramm und eine Prioritätenliste für die Gemeindestraßen aufzustellen. Bauprogramm und Prioritätenliste sind der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen und ab dem Haushaltsjahr 2021 zu berücksichtigen.

Grebenhain, 18.11.2019

Maximilian Ziegler



Fraktionsvorsitzender SPD-Fraktion